

Coller votre code barre ci-dessous



SciencesPo.

ADMISSION AU COLLEGE UNIVERSITAIRE

Samedi 2 mars 2013

ALLEMAND

durée de l'épreuve : 1h30 – coefficient 1

IMPORTANT

Le sujet est paginé de 1 à 3. Veuillez vérifier que vous avez bien toutes les pages.
En cas d'anomalie, avertissez le surveillant.

Afin de faciliter votre travail sur le texte, vous pouvez ôter soigneusement les pages de l'article. Il n'est pas nécessaire de rendre l'article avec votre copie.

Les réponses aux questions ne devront pas excéder l'espace qui leur est réservé.

PARTIE RESERVEE A LA CORRECTION

Détail des notes

Commentaires

I. Compréhension du texte /10

II. Essai /10

TOTAL : /20

Note après harmonisation : /20

ADMISSION AU COLLEGE UNIVERSITAIRE

Samedi 2 Mars 2013

ALLEMAND

durée de l'épreuve : 1h30

Die Ambitionen der EU sind groß, die praktische Umsetzung mittelmäßig

Das norwegische Nobelkomitee trotzt im Jahr 2012, mitten in der Finanzkrise, den Untergangsszenarien für das europäische Integrationsprojekt. Es erinnert daran, dass die Entwicklung Europas von einem Kontinent des Krieges zu einem Kontinent des Friedens die größte Leistung der Europäischen Union (EU) ist. In seiner Begründung wendet das Komitee den Blick einerseits ins europäische Innere: Ehemalige Erzfeinde wie Frankreich und Deutschland haben sich zu Freunden und Partnern entwickelt, die Teilung von Ost und West wurde überwunden. Das Komitee attestiert aber auch der Außenpolitik der EU eine wichtige Rolle: Die EU-Erweiterungspolitik trage zur Versöhnung im Balkan bei; auch in die europäische Nachbarschaft wirke die EU und fördere damit die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten.

In der Tat hat die EU nie stärker für eine Förderung von Demokratie und Menschenrechten in der Welt Stellung bezogen als in den letzten beiden Jahren. So verabschiedete der Europäische Rat im Juni 2012 ein Strategiepapier, das Demokratie und Menschenrechte zum obersten Ziel europäischer Außenpolitik erklärt. Davon zeugen auch entsprechende Abkommen über die Zusammenarbeit mit den Staaten des Pazifiks und der Karibik sowie den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Theoretisch meint es die EU ernst mit der Unterstützung von Menschenrechten und Demokratie. Doch wie sieht es mit der praktischen Umsetzung aus?

Aus mehreren Gründen klafft eine große Lücke zwischen theoretischem Anspruch und Wirklichkeit.

Erstens wendete die EU in der Vergangenheit ihre Standards nicht konsequent an. Sie förderte Demokratie und Menschenrechte vor allem in jenen Ländern, in denen sie nur geringe geopolitische oder wirtschaftliche Interessen hat. Sobald es aber um Ressourcen wie Öl oder Sicherheitsinteressen ging, hat die EU auch mit diktatorischen und menschenrechtsverletzenden Regimen kooperiert. Beispielsweise unterstützt sie unverändert Kasachstan und Usbekistan –

und das, obwohl es in den genannten Ländern offensichtliche und schwere Menschenrechtsverletzungen gibt.

Auch gegenüber Ägypten scheint die EU ein größeres Interesse an der Stabilität der jungen Regierung zu haben als an der Durchsetzung von Normen und Werten. Das zeigt etwa ihre Haltung angesichts der Attacken auf Nichtregierungsorganisationen, westliche Stiftungen oder koptische Christen in Ägypten. Zwar hat die EU immer wieder zu Rechtsstaatlichkeit aufgerufen und die Bedeutung der Zivilgesellschaft betont, aber letztlich keine glaubwürdigen Sanktionen angedroht. Das weicht einmal mehr ab von den Zielen der EU: In der Euphorie des Arabischen Frühlings letztes Jahr noch hatte man sich vorgenommen, Demokratie in der Region zu fördern.

Zweitens beeinflusst die EU-Finanzkrise mittlerweile deutlich die EU-Außenpolitik: So sieht der jüngste Kommissionsvorschlag für den EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre Mittelkürzungen von 13 Prozent in der Entwicklungszusammenarbeit vor. Es handelt sich jedoch um eines der wichtigsten Politikfelder für die EU-Demokratie- und Menschenrechtsförderung.

Außerdem ist die außenpolitische Maschinerie der EU noch weit davon entfernt, eine gemeinsame Politik aller EU-Staaten zu ermöglichen. Zwischen dem neu gegründeten Europäischen Auswärtigen Dienst und der EU-Kommission herrscht häufig eher Konkurrenz als Kooperation. Und viel zu oft verfolgen die EU-Mitgliedsländer eigene Interessen und sprechen nicht mit einer Stimme. Wenn etwa Bundestagspräsident Norbert Lammert einen Stopp der EU-Erweiterung fordert, dann hat das vor allem innenpolitische Gründe, nämlich die hierzulande weitverbreitete Skepsis gegenüber einer Aufnahme weiterer Staaten. Gleichzeitig beschädigt er damit aber die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik, die das wichtigste Instrument zur Stabilisierung der fragilen Länder Südosteuropas ist.

Die unübersehbaren Lücken zwischen Wunsch und Wirklichkeit machen wenig Hoffnung, dass die EU in Zukunft effektiv Menschenrechte und Demokratie fördern wird. Wenn es die EU ernst meint, muss sie die Kohärenz und Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Außenpolitik wahren. Dafür ist es zentral, dass sie eine nachhaltige Finanzierung sichert. Mittelkürzungen, etwa in der Entwicklungszusammenarbeit, wären nicht nur ein falsches Signal an Partner in aller Welt, sondern auch ein Rückschritt für die Demokratie- und Menschenrechtsagenda der EU.

Nach "Die Zeit", 9.Dezember 2012

I. TEXTVERSTÄNDNIS

Lesen Sie den vorliegenden Artikel aufmerksam durch und beantworten Sie die folgenden Fragen auf Deutsch. Benutzen Sie dazu die im Artikel enthaltenen Informationen, ohne diese zu kopieren.

1. Mit welcher Begründung hat die EU den Friedensnobelpreis bekommen?

2. Warum kann man sagen, dass die Außenpolitik der EU im Bereich der Menschenrechte nicht konsequent ist.?

3. Welche Rolle spielt die Finanzkrise für die Außenpolitik der EU?

4. Warum kann man nicht wirklich von einer gemeinsamen Außenpolitik sprechen?
